

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1069) betreffend Sicherheitsausbau der S4 (Zahl 22 - 788) (Beilage 1095).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherheitsausbau der S4, in seiner 18. Sitzung am Mittwoch, dem 10. November 2021, beraten.

Landtagsabgeordneter Gerald Handig wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Gerald Handig den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner gestellte Abänderungsantrag nach einer Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.^a Regina Petrik einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Sicherheitsausbau der S4, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Ewald Schneckner beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 10. November 2021

Der Berichterstatter:
Gerald Handig eh.

Der Obmann:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10. November 2021

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roman Kainrath,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 788, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Sicherheitsausbau S4“

Im Zeitraum der Jahre 2000 - 2020 gab es auf der Mattersburger Schnellstraße S4 73 Unfälle mit Personenschaden, davon 13 Tote, 18 Schwerverletzte, 132 Verletzte und 344 Unfälle mit Sachschaden. Auch die Burgenland Schnellstraße S31 stellt Abschnittsweise eine gefährliche Strecke dar. Erst am 18. Jänner 2021 forderte eine Frontalkollision Höhe Weppersdorf ein Menschenleben.

Die dafür zuständige ASFINAG ist bemüht, durch Umsetzung ihres Sicherheitsprogrammes insbesondere SchnellstraÙen sicherer zu gestalten. Im Zuge dieser Programmumsetzung werden bereits der Streckenabschnitt auf der S31 zwischen dem Knoten Mattersburg und der Anschlussstelle Weppersdorf/St. Martin sowie zukünftig auch der Abschnitt auf der S4 zwischen dem Knoten Mattersburg und dem Knoten Wiener Neustadt einem Sicherheitsausbau sowie Instandsetzungsarbeiten unterzogen. Der Sicherheitsausbau betrifft unter anderem bauliche Mitteltrennungen, Erweiterung der Lärmschutzwände, Errichtung von Pannestreifen, die Sanierung von Brücken, Erneuerung von Beschleunigungs- und Verzögerungstreifen sowie der Auf- und Abfahrten der Anschlussstellen. Neben der Sanierung der Fahrbahnen werden auch die Entwässerungsanlagen angepasst beziehungsweise erneuert.

Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer spürbar zu erhöhen, die Schmutz- und Lärmemissionen für Anrainer bestmöglich hintanzuhalten und die Natur und Landschaft zu schonen, braucht es nach Abwägung aller Interessen eine vorausschauende und nachhaltige Planung und konsequente Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Sicherheitsausbau der S4 und der S31.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung und an die ASFINAG heranzutreten, diese mögen im Zuge des Sicherheitsausbaus der S31 und der S4

- alle notwendigen Maßnahmen treffen, um dauerhafte negative Beeinträchtigungen der Natur (z.B. unnötige Bodenversiegelung) sowie der Lebensqualität und Gesundheit der Anrainer (z.B. durch Lärmschutzwände) zu verhindern;
- sämtliche Maßnahmen ergreifen, um die Nutzungssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer deutlich zu erhöhen;
- die Bevölkerung über alle zukünftigen Schritte informieren und die Interessen aller Betroffenen bestmöglich berücksichtigen.

